Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Staden & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 100,— M., durch die Post bezogen monatlich 100,— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 130,— M. Einzelnummer 6,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 20,— M., Familienanzeigen 14,— M., die 5gespaltene Reklamezeile 75,— M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 5 M.

Nr. 228 | Dresden, Freitag den 29. September 1922 | 33. Jahrg.

Die Aussichten des Wahlkampfes

Von Richard Lipinski

Die Auflösung des Landtages durch Kommunisten und bürgerliche Parteien und die Notwendigkeit der Neuwahl hat im Hinblick auf den Ausgang der Landtagswahlen in Braunschweig und die Gemeinde- und Bezirkswahlen in Thüringen Auslassungen über den Ausgang der Landtagswahl in Sachsen hervorgerufen, die nur auf mangelnde Kenntnis der sächsischen Verhältnisse zurückzuführen sind. Es erscheint deshalb angebracht, die Verhältnisse der letzten Wahl kurz ins Gedächtnis zurückzurufen. Die Volkskammer, die unmittelbar nach der Wahl zur Nationalversammlung gewählt wurde, setzte sich aus 57 sozialistischen Abgeordneten und 39 bürgerlichen Abgeordneten zusammen. Dagegen brachte die Landtagswahl vom 14. November 1920 einschließlich der kommunistischen Mandate 49 sozialistische und 47 bürgerliche Abgeordnete. Die Landtagswahl wies also eine wesentliche Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse auf, eine Schwächung der sozialistischen und eine Stärkung der bürgerlichen Parteien. Die nachstehende Tabelle ergibt die Vergleichsziffern zwischen den Wahlen zur Volkskammer, zum Reichstag und Landtag.

	Volkskammer 2. Febr. 1919	Reichstag 6. April 1920	Landtag 14. Nov. 1920
Wahlberechtigte	2 866 810	2 985 059	2 967 974
abgegeb. gültige Stimmen	2 145 695	2 404 792	2 072 330
Wahlbeteiligung	75,1 %	80,90 %	70,12 %
Die abgegebenen Stimmen verteilen sich:			
Sozialdemokratische Partei	891 804	581 778	587 526
Unabh. Soz. Partei	350 069	609 462	296 984
Neukommunisten	—	—	60 111
Kommunisten	—	105 222	117 359
Sozialistische Stimmen zus.	1 241 871	1 296 462	1 061 980
Deutschnat. Volkspartei	306 718	412 532	434 293
Deutsche Volkspartei	84 615	448 272	385 810
Demokratische Partei	490 666	218 385	159 801
Zentrumspartei	21 823	19 562	23 731
Lausitzer Volkspartei	—	6 013	—
Wirtschaftl. Vereinigung	—	—	17 724
Deutschsozialistische Partei	—	8 266	—
Bürgerliche Stimmen zus.	903 822	1 108 820	1 020 359

Gegenüber der Reichstagswahl wies die Landtagswahl eine sehr wesentliche Verringerung der Wahlbeteiligung auf. Während bei der Reichstagswahl 580 267 Wähler von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machten, stieg die Zahl der Nichtwähler bei der Landtagswahl auf 895 635. Es haben also über 315 000 Wähler bei der Landtagswahl weniger gewählt, als bei der Reichstagswahl, und dies waren ausschließlich Arbeiterwähler. Die zweite auffällige Erscheinung war, daß die Unabhängige Sozialistische Partei einen Verlust von über 325 000 Stimmen zu verzeichnen hate, daß dagegen aber die Kommunisten und Neukommunisten nur einen Gewinn von 72 000 Wählern zu buchen hatten. Es ist deshalb der Schluß durchaus nahe, daß das Mehr an Nichtwählern sich aus ehemaligen Wählern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zusammensetzt.

Welche Umstände haben den Stimmenverlust verschuldet? Es darf erinnert werden, daß auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Ende Oktober 1920 in Halle die Partei auf Befehl von Moskau gesprengt wurde, und daß 3 Wochen nach dieser Sprengung die Landtagswahlen stattfanden. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ging also mit gesprengter Front in den Wahlkampf, woraus sich der Stimmenrückgang erklären dürfte. Ein andrer bemerkenswerter Umstand ist, daß der Verlust der Unabhängigen weder von der Sozialdemokratischen Partei, noch von den Kommunisten oder Neukommunisten aufgefangen worden ist. Im Gegenteil, dort, wo die Kommunistische Partei selbständig auftrat und von den Neukommunisten unterstützt wurde, wie im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau, war ein Rückgang ihrer Wählerstimmen zwischen Reichstag und Landtag zu verzeichnen. In der Kreishauptmannschaft Chemnitz erhielten die Kommunisten bei der Reichstagswahl 53 806 Stimmen, bei der Landtagswahl 50 263, in der Kreishauptmannschaft Zwickau die Kommunisten bei der Reichstagswahl 25 777, bei der Landtagswahl 28 106. Trotz dem Stimmenzuwachse in der Kreishauptmannschaft Zwickau blieb doch ein Rückgang der kommunistischen Stimmen im ganzen Wahlkreis um mehr als 1200 zurück. Es zeigt sich also, daß die Werbekraft der Kommunisten gerade in dem Wahlkreise, wo sie die stärkste Organisation hatten, versagt hatte. Die Neukommunisten erlangten in den beiden andern Wahlkreisen Leipzig und Dresden nur etwas über 60 000 Stimmen, obgleich sie den früheren Führer der Unabhängigen, Abgeordneten Geyer sen., als Spitzenkandidat auf ihre Liste gesetzt hatten. Bei einer Neuwahl würde natürlich dieser Wählerbetrug unmöglich sein. Würde bei der Landtagswahl dieselbe Wahlbeteiligung wie bei der Reichstagswahl erreicht worden sein, dann würden, da die Teilungsziffer sich dadurch wesentlich veränderte, die sozialistischen Mandate im Landtag mit den Kommunisten 52 betragen haben, während auf den bürgerlichen Block nur 44 Mandate entfallen wären. Die Kommunisten hätten statt 9 nur 4 Mandate erhalten.

Die kommende Landtagswahl findet aber unter ganz anderen Voraussetzungen wie 1920 statt. Die sozialistische Regierung Sachsens hat den Beweis erbracht, daß sie die Interessen des Volkes restlos gewahrt hat. Die Umstellung und der Ausbau der inneren Verwaltung, die Demokratisierung der Verwaltung und Justiz, der Ausbau des Schulwesens, die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Sachsens und die Hebung der Not der Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten und Sozialrentner durch starke Einwirkung auf das Reich ist nachhaltigst gefördert worden. Wenn die Gemeindeordnung, die die Demokratisierung der Gemeindeverwaltung bringen sollte, nicht verabschiedet werden konnte, so tragen hierfür die Kommunisten die Verantwortung. Auf dem Gebiete der Sozialisierung konnte die Landesregierung natürlich nichts durchsetzen, weil die Gesetzgebung des Reiches hindernd im Wege steht. Es sind aber auch hier Anfänge gemacht worden, die den Boden ebnen für die Vergesellschaftung der Produktion. Das Staatswirtschaftsgesetz ermöglicht die Umstellung der Verwaltung staatlicher Werke und die Mitwirkung der Arbeiter bei der Verwaltung. Der Staat hat einen großen Anteil am Besitz der Kohle im Lande, und die elektrische Krafterzeugung ist fast ausschließlich in den Händen des Staats. Dazu kommt: Auf dem Gebiete der Personalpolitik ist eine außerordentliche Verstärkung des republikanischen Einschlags zu verzeichnen und der neuen Staatsform widerstrebende Elemente sind aus der Verwaltung entfernt worden. Die Wissenschaft konnte sich in Sachsen in ungeahnter Weise ausdehnen und betätigen. Siehe Technische Hochschule in Dresden. Der Ansturm des Bürgerblocks beweist, welch hohen Wert dieser auf die Erlangung und Beherrschung der Staatsgewalt legt. Um so törichter das Beginnen der Kommunisten, dem Bürgerblock Vorspann zu leisten, um die sozialistische Regierung zu stürzen.

War bei der letzten Landtagswahl die Arbeiterklasse nicht nur in mehrere Gruppen gespalten, sondern auch die Unabhängige Partei in sich gespalten, so haben die Parteitage zu Augsburg, Gera und Nürnberg eine Einheitsfront der sozialistisch bewußten Arbeiterschaft gebracht. Die Kommunisten stehen schmähend und grollend beiseite und unterstützen dadurch die bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterklasse. Die geschaffene Einheitsfront muß aber die Schwungkraft der Arbeiterbewegung steigern, sie muß die Lässigen, Verdrossenen und Verstimmten mitreißen und deshalb liegt es durchaus in dem Bereich der Möglichkeit, ein annäherndes Mehrheitsverhältnis der Sozialistischen Partei wie in der Volkskammer bei der Landtagswahl zu erreichen. Das kann aber nur geschehen, wenn die sozialistische Arbeiterklasse in Sachsen unermüdlich die Aufklärungsarbeit bis zum Wahltage fortsetzt und steigert, die Lässigen zur Wahlurne bringt, der Lüge, Verleumdung und Entstellung entgegenarbeitet.

Die Not ist groß. Mit ihr spekulieren bürgerliche Parteien und Kommunisten. Der Bürgerblock ist in Sachsen zur Wirklichkeit geworden, denn seit dem Zusammentritt des Landtages sind Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei in allen wesentlichen Fragen gegen die sozialistischen Parteien und die Regierung zusammengegangen. Der Hansabund unterstützte ihn. Kommunisten und Bürgerblock setzen ihre Hoffnung auf die Frauen, weil die Frauen die politischen Zusammenhänge noch nicht voll würdigen können und deshalb leicht geneigt sind, die Teuerung und die Not der sächsischen Regierung als Schuld anzurechnen. Die Teuerung ist aber nicht von der sozialistischen Regierung Sachsens verschuldet; sie ist eine Folge des Krieges und der verflossenen Reichstagswahl. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages benutzte ihre Macht, um die Rationierung der Lebensmittel zu beseitigen, sie öffnete dem freien Handel und damit der wüstesten Spekulation Tür und Tor. Die sächsische Regierung hat aber entschieden auf die Reichsregierung einzuwirken versucht, der Not zu steuern. Leider selten mit Erfolg. Hier aufklärend zu wirken, wird den Erfolg haben, daß die Hoffnungen der Kommunisten und des Bürgerblocks zuschanden werden. Nimmt man all diese Umstände zusammen, dann ist eine bürgerliche Mehrheit bei der Landtagswahl in Sachsen ausgeschlossen. Ja, es ist möglich, bei den Landtagswahlen eine rein sozialistische Mehrheit, frei vom bürgerlichen und kommunistischen Einfluß, zu erlangen, wenn unermüdliche Arbeit geleistet wird. Sie muß geleistet werden, denn ein schlechter Wahlausgang in Sachsen würde inner- und außenpolitisch von außerordentlicher Tragweite sein. Darum ans Werk. Im Hause, in Werkstatt, Fabrik und überall unermüdliche Werbearbeit.

Der Götzenanbeter

„Bismarck war der Götze in meinem Tempel, den ich anbetete".
Wilhelm in seinen „Erinnerungen und Gestalten".

In dieser Zeit der Umwälzung verlieren auch alte gute Sprichwörter ihre Bedeutung. Frei nach Wilhelm muß es jetzt heißen: „Reden ist Silber, Schreiben ist Gold." Aber mag er sein Geschreibsel auch mit Gold aufgewogen bekommen, es wäre zweifellos klüger von ihm gewesen, er hätte seine „Erinnerungen und Gestalten" nicht durch eine Auseinandersetzung mit Bismarck eröffnet.

Einmal glaubt ihm doch niemand, daß er dem Altreichskanzler wegen des dritten Bandes seiner Erinnerungen nicht gram sei. Wer den dritten Band dieser Erinnerungen kennt, in dem die ganze Nichtigkeit des dritten deutschen Kaisers enthüllt wird, der begreift den Eifer, mit dem Wilhelm die Veröffentlichung dieses Bandes so lange verhindert hat, der begreift den ebenso krampfhaften wie vergeblichen Versuch, diese Erinnerungen zu widerlegen, der begreift das schicksalsergebene Geständnis: „Die weitere Zurückhaltung des Bandes hatte keinen Zweck, weil der Hauptinhalt durch Indiskretion schon bekannt geworden war."

Ebenso wenig glaubt man es ihm, wenn er behauptet: „Bismarck war der Götze in meinem Tempel, den ich anbetete". Wann hat Wilhelm jemals einen andern Götzen angebetet als sich selbst? Stets hat er nur sich selbst beweihräuchert, wovon sein Buch nicht der schlechteste Beweis ist.

Geradezu lächerlich aber wirkt es, wenn der frühere Kaiser den Kanzler auf dem Gebiet der äußeren Politik angreift. Einen Bismarck, dessen Fähigkeiten nach dieser Richtung hin — mag man sonst zu ihm stehen, wie man will — genau so anerkannt sind, wie der Dilettantismus (die Unfähigkeit) Wilhelms II:

„Das politische Interesse des Fürsten konzentrierte sich eben im wesentlichen auf den Kontinent Europa. England lag etwas abseits seiner täglichen Sorgen. . . . Daß der Fürst durch den Erwerb von Kolonien seinen Blick über Europa hinauszurichten hatte, und mit England im besonderen Maße große Politik zu führen automatisch gezwungen war, das sah er nicht . . . England wurde die besondere Bedeutung, die ihm zukam, nicht zugebilligt . . . Das Auswärtige Amt hatte für Kolonien, Flotte aber England nicht das erforderliche Interesse und keine Erfahrungen in der Weltpolitik."

Damit spricht er Bismarck für einen der wichtigsten Teile der Außenpolitik nicht nur das nötige Verständnis, sondern auch jede Erfahrung ab. Diese Ueberhebung Wilhelms ist so ungeheuerlich, daß sie jedes Wort der Kritik überflüssig macht. Wie lagen die Dinge in Wirklichkeit? Wenige Zeilen später schreibt der ehemalige Kaiser selbst:

„Der Fürst sagte mir einmal, sein Hauptaugenmerk sei, Rußland und England nicht zu einem Einverständnis kommen zu lassen."

Das spricht doch wahrhaftig nicht für eine Unterschätzung oder Außerachtlassung Englands. Aber Bismarck ging noch viel weiter: Trotz unsren damaligen guten Beziehungen zu Rußland (gesichert durch den geheimen Rückversicherungsvertrag) machte er den Engländern zweimal ein Bündnisangebot.

Und nun die Kehrseite: Unter Wilhelm wurden unsre Beziehungen zu Rußland bedeutend kühler. (Nach dem Sturz Bismarcks wurde auch der Rückversicherungsvertrag nicht erneuert.) Trotzdem aber wurde der Gegensatz zu England verstärkt durch eine herausfordernde Flotten- und überhitzte Weltmachtspolitik, die in keinem Verhältnis stand zu dem Erstarken der wirtschaftlichen und politischen Kräfte unsers Volkes, und die die ungünstige geographische Lage Deutschlands völlig außer acht ließen. An die Stelle der guten Beziehungen zu Rußland und England tritt der Gegensatz zu beiden. Und während Bismarck England zweimal ein Bündnis anbot, wurde unter Wilhelm dreimal ein englisches Bündnisangebot abgelehnt. Dafür hat es dieser geniale Außenpolitiker verstanden, einen gemeinsamen Krieg Englands und Rußlands gegen uns herbeizuführen.

Die Kritik Wilhelms bedeutet also eine völlige Verdrehung der Tatsachen. Der Zweck allerdings ist recht durchsichtig: die „Fehler" Bismarcks, vor allem — ebenfalls eine wilhelminische Verdrehung — das „bittere Unrecht", das Rußland auf dem Berliner Kongreß durch uns geschehen sein soll, diese „Fehler" Bismarcks sollen den Boden geschaffen haben, „auf dem später der Weltkriegsgedanke unsrer Gegner Nahrung finden konnte". Eine etwas bequeme Art und Weise, einem andern die Schuld am Weltkriege in die Schuhe zu schieben und ihn für die Sünden und Fehler verantwortlich zu machen, die der Stümper Wilhelm ein Vierteljahrhundert später beging.

Selbst die monarchistische Deutsche Tageszeitung schreibt:

„Die außenpolitische Meinungsverschiedenheit zwischen Kaiser Wilhelm II. und Bismarck ist und bleibt zugunsten des Kanzlers entschieden; das tritt aus den bisherigen Proben des Kaiserbuches dem Leser im Grunde noch deutlicher entgegen als vorher."

„Bismarck hat durch seinen Kampf gegen mich mit Wucht und Schlägen selbst den Götzen zertrümmert, von dem ich vorher sprach." Aber selbst neben dem zertrümmerten Götzen wirkt der Götzenanbeter Wilhelm II. nur lächerlich und verächtlich.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220929/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG